

# Gesellschaft gestalten. Zur politischen Aufgabe des Deutschen Caritasverbandes

Konrad Hilpert

## I. CARITAS UND GESELLSCHAFT IM FOKUS DES LEITBILDES

Auf die Frage, welches die wichtigsten Aufgaben der Caritas seien oder plumper gefragt, wozu Caritas da sei, nennt das Leitbild nach der „Hilfe für Menschen in Not“ und vor der Mitwirkung an der Qualifizierung sozialer Arbeit: Anwaltschaft zugunsten der Benachteiligten und Mitgestaltung von Sozial- und Gesellschaftspolitik. Beide Ziele sind, wie die erläuternden Sätze erkennen lassen, eng miteinander verzahnt, setzen aber wohl unterschiedliche Akzente. Bezieht sich das Verständnis als Anwalt vor allem auf die an den Rand geratenen *Menschen*, denen Gehör verschafft werden soll, bzw. darauf, Entwicklungen, die zu weiteren Ausgrenzungen führen, entgegenzutreten, so stellt die Selbstverpflichtung zur Mitgestaltung der Politik die Mitverantwortung bei der konzeptionellen Entwicklung bedarfsgerechter *Strukturen* und die Beteiligung an der Sicherstellung eines entsprechenden Angebots durch die eigenen Dienste und Einrichtungen in den Vordergrund. Bei beidem geht es um die Aufmerksamkeit für bereits bestehende wie auch für neu entstehende Nöte. Und beide Aufgaben sind Ausprägungen einer nicht bloß als individuelle Tugendhaltung, sondern als systemisch verstandenen aktiven Solidarität.

Mit dieser zweifachen Aufgabenumschreibung bestimmt der Caritasverband einerseits seinen Ort in der Gesellschaft; andererseits grenzt er sich ab von denkbaren Alternativen. Indem er ausdrücklich die Benachteiligung von einzelnen und Familien und die Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen zu Kriterien des Anstoßnehmens wählt und die Öffentlichkeit auf dahin führende gesellschaftliche und politische Entwicklungen aufmerksam machen will, distanziert er sich von Modellen, die Wahrnehmung von Not und auch das Organisieren von Hilfen auf den Kreis der Christen oder gar der Mitglieder der eigenen Konfession konzentrieren möchten. Und indem er sich zur Mitwirkung an der flächendeckenden Grundversorgung der Bevölkerung auf der Grundlage des ausdrücklich genannten Subsidiaritätsprinzips bekennt, distanziert er sich von Vorschlägen, die vielfältigen (sicherlich oft auch einengenden) Kooperationen mit der staatlichen Sozialpolitik aufzugeben und sich nur jener „Lücken“ menschlicher Not anzunehmen, die die sozialstaatlichen Systeme übersehen oder aussparen. Dabei erlaubt gerade die zweifache Umschreibung der politischen Aufgabe, ein konturloses Aufgehen in den vom öffentlichen Wohlfahrtswesen zugewiesenen oder auch überlassenen Tätigkeitsbereichen zu vermeiden. Denn die Aufgabe, die der Verband im Leitbild sich selbst stellt, geht über die Funktion, Akteur institutionalisierter Hilfe im Auftrag des Staats zu sein, weit hinaus, bis hin zur Möglichkeit grundsätzlicher Kritik und des Konflikts. Andererseits vermeidet sie den Ausweg, für ein Mehr an Deutlichkeit der religiösen Motivation und eventuell größere Unabhängigkeit allzu viele Möglichkeiten, Gesellschaft zu gestalten und Einfluß zu nehmen und auch, die eigenen

Absichten unter den konkreten Bedingungen der Gesellschaft zu bewahrheiten, aufs Spiel zu setzen.

Das Profil aus der erneuernden Kraft der eigenen Wurzeln zu verdeutlichen und sich trotzdem in die Verantwortung für das Ganze der Gesellschaft nehmen zu lassen, indem man sich dem in den letzten 100 Jahren aufgebauten sozialstaatlichen System und seiner Weiterentwicklung auch unter den erschwerten Bedingungen knapper gewordener Mittel und einer fortschreitenden Säkularisierung zuordnet (nicht einfügt), ist der spannungsvolle Weg, den sich der Caritasverband im Jubiläumsjahr seines 100jährigen Bestehens in seinem Leitbild als Weg für die Zukunft vorgenommen hat.

## II. DIE EINSCHÄTZUNG DER REALITÄT DURCH DIE MITARBEITER

Nach ihren Vorstellungen von den Aufgaben und Zielen der Caritas befragt, gaben die Mitarbeiter am häufigsten die Antwort, Caritas habe die Aufgabe des Helfens in der Not.<sup>1</sup> Fast ebenso oft – nämlich in 91 bzw. 83 % der Fälle – wurden die Förderung sozialen Bewußtseins und das Anwaltsein der Armen genannt. Im Vergleich dazu fällt die Übereinstimmung in der Einschätzung anderer Funktionsbenennungen (Teil von Kirche zu sein, Unterstützung der Seelsorge, pädagogischer Auftrag) erheblich geringer aus. Politisches Engagement und Gesellschaftsverbesserung wurden nur von 47 % bzw. 42 % der Caritas als Aufgabe gesehen; die Werte liegen diesbezüglich in derselben Größenordnung wie bei der Aufgabe, den Glauben zu verkündigen (41 %).

Die Differenzen im Aufgabenverständnis west- und ostdeutscher Mitarbeiter<sup>2</sup> beträgt bei sämtlichen Items, die sich der Frage nach der politischen Aufgabe zuordnen lassen, zwischen 1 und 4 %. Damit fallen die Unterschiede erheblich weniger stark aus als bei jenen Items, die nach der religiösen und kirchlichen Funktion fragen.

Die Einschätzung der politischen Aufgabe der Caritas stimmt zwischen den verschiedenen Altersklassen von Mitarbeitern<sup>3</sup> weitgehend überein, mit einer Ausnahme: Die Anwaltsfunktion wird von den jüngeren deutlich geringer bewertet als von den mittleren und älteren Jahrgängen: 69 % der unter 30jährigen im Vergleich zu 85 % der mittleren Jahrgänge und 89 % der über 50jährigen. Die Interpretation dieser Daten durch Renate Köcher bietet als Erklärung einerseits an, daß sich bestimmte Einstellungen erst mit zunehmender Lebens- und Berufserfahrung entwickelten, rechnet andererseits jedoch auch damit, daß es sich hierbei um eine Auswirkung des Wertewandelprozesses zwischen den Generationen handeln könnte.<sup>4</sup> „Der Anspruch, die Interessen anderer anwaltschaftlich zu vertreten, ist in der Gesellschaft generell schwächer geworden.“<sup>5</sup> Dafür scheint auch zu sprechen, daß die Zustimmung zur Frage, ob die Caritas „politisch engagiert“ sein soll, bei den jüngeren deutlich schwächer ausfällt als bei den mittleren; nicht in diese Logik fügt sich allerdings der andere Befund ein,

<sup>1</sup> IfD-Umfrage 818, Schaubild 21.

<sup>2</sup> Ebd., Schaubild 22.

<sup>3</sup> Tabellen-Band, Tabelle 58a.

<sup>4</sup> Auswertungs-Band S. 93 f.

<sup>5</sup> Ebd. 94.

daß dieses politische Aufgabenverständnis nur bei den mittleren Jahrgängen sehr ausgeprägt ist, bei den über 50jährigen hingegen im Gegensatz zur Beurteilung der Anwaltsfunktion steil abfällt – sogar unter den Prozentsatz bei den weniger als 30jährigen. Diese Diskrepanz zwischen dem Höchstwert bei der Einschätzung der Anwaltsfunktion (89 %) und dem niedrigsten Wert bei der Beurteilung des Items „Politisch engagiert“ (37 %) durch ein und dieselbe Altersgruppe läßt sich kaum mit dem Hinweis auf den gesellschaftlichen Wertewandel plausibel erklären.

### III. VORSTELLUNGEN VOM IDEAL

Befragt nach ihrem Idealbild von Caritas<sup>6</sup> nennen die Mitarbeiter gleich nach dem Wunsch, daß die Arbeit mit den Menschen im Vordergrund stehen solle (82 %), und Offenheit für alle (81 %): daß sie sich um Randgruppen, Benachteiligte der Gesellschaft kümmern solle (76 %). Auch andere politische Ziele wie das Tätigwerden in Bereichen, die von anderen vernachlässigt werden, Anwaltschaft für die Armen und sozialpolitische Einflußnahme erreichen eine Zustimmung von mehr als 50 %. Der Wunsch nach sozialpolitischem Einfluß weicht nur um wenige Prozentpunkte vom Wunsch nach politischer Unabhängigkeit ab. Die Unterschiede in der Beurteilung des Anwaltseins zwischen den verschiedenen Altersgruppen von Mitarbeitern<sup>7</sup> zeigt sich naheliegenderweise auch in der Verknüpfung dieses Anliegen mit dem Idealbild von Caritas, wobei der Abstand mit 12 % freilich geringer ausfällt als bei der Frage nach den zentralen Aufgaben der tatsächlichen Caritas, wo er ganze 20 % betragen hatte. Interessant ist außerdem, daß die Beurteilung der Realität sehr viel günstiger ausfällt, wenn man die Mitarbeiter statt nach der Caritas im gesamten nach ihrem eigenen Arbeitsbereich befragt.<sup>8</sup>

Beim Vergleich von Real- und Idealbild hinsichtlich der für das politische Verständnis relevanten Items<sup>9</sup> liegen die Werte gerade bei den für besonders wichtig gehaltenen Anliegen eng beieinander: So beträgt der Abstand von Wirklichkeit und Ideal bei der Sorge für Randgruppen, bei der Tätigkeit in Bereichen, die von anderen vernachlässigt werden, und bei der Anwaltschaft für die Armen um die 10 %. Bei den übrigen Fragen nach der politischen Unabhängigkeit (gewünscht von 54 %, bestätigt von 19 %), nach der sozialpolitischen Einflußnahme (gewünscht von 50 %, bestätigt von 33 %) und nach dem Versuch, etwas zu verändern, auch über die Politik (gewünscht von 43 %, bestätigt von 19 %) klaffen sie allerdings erheblich weiter auseinander. Möglicherweise wären diese Diskrepanzen noch extremer ausgefallen, wenn sie altersgruppenspezifisch ausgewertet worden wären. Man darf vermuten, daß hierfür nicht nur die biographisch erst nach und nach zunehmende Einsicht in die Komplexität langer Entscheidungsketten und die Entdeckung, wie Politik vor Ort konkret geschieht, verantwortlich ist, sondern auch das stark mit der Lebenserfahrung korrelierende Urteil über den Umfang des Änderbaren.

<sup>6</sup> IfD-Umfrage 818, Schaubild 25.

<sup>7</sup> Tabellen-Band, Tabelle 54a.

<sup>8</sup> IfD-Umfrage 818, Schaubild 26.

<sup>9</sup> Ebd., Schaubild 27.

#### IV. „POLITISCH“ UND ANDERE PRÄZISIERUNGSBEDÜRFTIGE BEGRIFFE

Für den unbefangenen Leser weisen die zur politischen Aufgabe der Caritas ermittelten Einzelbefunde in ihrer Gesamtheit eine auffällige Inkonsistenz auf: „Förderer sozialen Bewußtseins“ und „Anwalt der Armen“ zu sein auf der einen Seite und „politisch engagiert“ bzw. „Gesellschaftsverbesserer“ zu sein auf der anderen müßten nämlich nach der Bewertung zwei völlig verschiedene Dinge sein. Logisch und inhaltlich sind sie das aber gerade nicht. „Förderer sozialen Bewußtseins“ und „Anwalt der Armen“ zu sein sind vielmehr Formen politischen Engagements, obschon diese in der Beurteilung der Aufgaben der Caritas nur die Hälfte der Zustimmung erhielt wie die erstgenannten Spezifizierungen. Ähnlich nimmt auch bei der Ermittlung des Idealbilds von Caritas die eindeutig als politisch zu qualifizierende Charakterisierung „kümmert sich um Randgruppen, Benachteiligte der Gesellschaft“ einen wesentlich höheren Rang ein als die sie einschließende, inhaltlich aber weiteren „nimmt sozialpolitisch Einfluß“ und „versucht wirklich etwas zu ändern, setzt sich auch in der Politik ein“.

Wenn sich diese Diskrepanzen in den Befunden aber weder durch Regreß auf logische Operationen noch auf eindeutige semantische Unterschiede aufklären lassen, muß die Erklärung für sie woanders gesucht werden. Drei Möglichkeiten bieten sich an; und für alle drei gibt es im vorliegenden Untersuchungsmaterial zumindest Anhaltspunkte.

Eine erste Möglichkeit liegt darin, daß der zentrale Begriff „politisches Engagement“ oder überhaupt „politisch“ mehrere Bedeutungen hat, die in der Befragung ineinander fließen bzw. durch die Umgebungsfragen in einer ganz bestimmten Richtung festgelegt werden. So umfaßt „politisch“ an und für sich das ganze Spektrum von ‚gesellschaftsbezogen, öffentlich, staatliches Handeln, institutionsbezogen, parteipolitisch, Mehrheitsfähigkeit kalkulierend usw.‘, bekommt möglicherweise aber bei vielen Befragten in der unmittelbaren Nachbarschaft von Begriffen wie „Ämter und Behörden“, „Institution“, „Dienstleistungsunternehmen“ schnell eine sehr enge Bedeutung im Sinn von parteipolitisch, staatlich bzw. kommunal. Diese enge Bedeutung ist dann auch ausschließlich gemeint, wenn im Ideal-Real-Vergleich nach der politischen Unabhängigkeit gefragt wird.<sup>10</sup> Der Leitbild-Text tat deshalb gut daran, diesen schillernden Begriff „politisch“ bei der Aufgaben-Formulierung äußerst sparsam zu verwenden und stattdessen durch Zuhilfenahme präziserer Begriffe die Sache des politischen Auftrags zu umschreiben. – Für diese Erklärung der Diskrepanz in der Bewertung würde auch sprechen, wie die Untersuchung im selben Zusammenhang den anderen Begriff „Kirche“ benutzt.<sup>11</sup> Hier bedeutet „Kirche“ nämlich in ein und demselben Befragungsgang „Kirchengemeinde“ (von dieser abgehoben erscheint außerdem die „Pfarrgemeinde“) und „Amtskirche“; außerdem bilden „Christsein“ und „Motivation der Arbeit durch den christlichen Glauben“ weitere Alternativen. Es kann bezweifelt werden, ob dieses (schon sachlich nicht leicht nachvollziehbare) Nebeneinander auf viele Mitarbeiter als Angebot für eine differenzierte Stellung-

<sup>10</sup> S. Kärtchen-Set zu Fragen 9 und 58 des Fragebogens.

<sup>11</sup> S. Kärtchen zu Frage 9.

nahme wirkt oder nicht eher bei vielen assoziativ ineinander fließt, so daß die betreffenden Befunde und ihre Interpretation nur ein ungefähres Bild erlauben.

Die zweite Möglichkeit einer Erklärung könnte sich daraus ergeben, daß einige der im Fragebogen angebotenen Begriffe nicht nur einen sachlichen Informationsgehalt haben, sondern daneben affektiv besetzt sind, so daß sie mehr oder weniger unmerklich für das damit Chiffrierte einnehmen oder gerade umgekehrt Distanz schaffen. Dies dürfte sicher auf die angebotene Charakterisierung der Caritas als „Gesellschaftsverbesserer“ zutreffen, teilweise und sublimier vermutlich auch in der Nachbarschaft von „Verkündigung des christlichen Glaubens“, Seelsorge und Kirche auf „politisch engagiert“. Für viele Befragte dürfte der Begriff „Gesellschaftsverbesserer“ pejorativ aufgeladen sein; sie hören bei ihm den Anspruch auf Allkompetenz für den Gesamtbereich der Sozial-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik, kirchliche Dominanzansprüche gegenüber der Politik oder – und dies wahrscheinlich am ehesten – die Forderung nach systemüberwindenden Veränderungen im Nachklang zur politischen Ideologie zur 68er-Bewegung mit. – Diese semantischen Konnotationen würden auch eine andere Inkonsistenz erklären, nämlich die Differenzen im Aufgabenverständnis zwischen Mitarbeitern in West- und Ostdeutschland: Interessanterweise hat im Osten die Aufgabencharakterisierung „politisch engagiert“ ein schlechteres Image als im Westen, während umgekehrt „Gesellschaftsverbesserer“ dort auf mehr Akzeptanz stößt als im Westen!<sup>12</sup> Die Zahlen zu diesen beiden Punkten lassen sogar die – nur auf dem Hintergrund des biographisch im Osten erlebten nachvollziehbaren – paradoxe Interpretation zu, die Caritas könne als Gesellschaftsverbesserer in Aktion treten, ohne sich politisch zu engagieren!

Als eine dritte Möglichkeit zur Erklärung der Diskrepanz bietet sich schließlich der Sachverhalt an, daß die Bedeutung programmatischer Begriffe sich im Laufe der Zeit verschieben kann. Solche Veränderungen können nicht nur durch gesellschaftliche Wertewandelprozesse und altersspezifische Einstellungspräferenzen induziert sein, sondern – darauf hebt die vorliegende Untersuchung an keiner Stelle ab – auch durch einen Wechsel im theologischen Sprachgebrauch oder Korrekturen des Kirchenverständnisses. Derartige semantische Verschiebungen könnten beim Zustandekommen der genannten Diskrepanz zumindest auch im Spiel sein. Darauf deutet einerseits die Inhomogenität der Unterschiede in der Beurteilung der politischen Aspekte des Aufgabenverständnisses durch die verschiedenen Altersklassen hin. Ein weiteres Indiz hierfür ist die erstaunlich hohe Bewertung der Zielsetzung „Unterstützung der Seelsorge“<sup>13</sup>; denn gerade im Kontext der Caritasarbeit hat die Bedeutung von „Seelsorge“ eine Erweiterung und Akzentuierung absolviert (Telefonseelsorge, Gesprächsseelsorge, Krankenseelsorge, Gefängnisseelsorge usw.), die den Begriff nicht mehr notwendig und von vornherein auf die Rolle der einschlägigen Alternativ- bzw. Abgrenzungskategorie gegenüber diakonischer Tätigkeit und politischem Engagement festlegt.

---

<sup>12</sup> IfD-Umfrage 818, Schaubild 22.

<sup>13</sup> Ebd., Schaubild 22.

## V. EIN NICHT THEMATISIERTER, ABER WAHRSCHEINLICHER ZUSAMMENHANG

Unter allen verschiedenen Aufgaben der Caritas, die gezielt erfragt wurden, bekam die Funktion „Förderung des sozialen Bewußtseins“ die zweithöchste Zustimmung, immerhin 91 %. Welche Vorstellungen sich mit diesem Ziel verbinden, bleibt jedoch vage. Immerhin wird man davon ausgehen dürfen, daß die Befragten in dieser Zielformulierung ihre Auffassung von der gesamtgesellschaftlichen Funktion der Caritas unterbringen, das also, was alle, eben auch die Nichtprofis von und mittels der Caritasarbeit lernen können sollten. Dieses Ziel ist von anderer Art als die vielfältigen Hilfeleistungen und die Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft im Sinn von mehr Solidarität, Verhinderung von Benachteiligung und Bekämpfung von Ausgrenzung, nämlich sozialpädagogischer Natur.

Ein anderer Teil der Befragung erkundet die Sicht der Ehrenamtlichen.<sup>14</sup> Deren Bedeutung wird vor allem unter den Gesichtspunkten der Unterstützung der eigenen Arbeit sowie der Ergänzung des Dienstleistungsangebots insgesamt erfragt und beschrieben. Es ist in keiner Weise in Abrede zu stellen, daß dabei viele wichtige Erkenntnisse über die Einschätzung ihrer Arbeit durch die Hauptamtlichen, über die Zukunftsbesorgnisse, über das Potential an Bereitschaften und über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der konkreten Zusammenarbeit gewonnen werden. Was freilich unterbleibt, ist, daß Ehrenamt und die Förderung der Bereitschaft dazu als eine konkrete oder gar als bevorzugte Weise zu thematisieren, diese sozialpädagogische Aufgabe, unter die man sich gestellt sieht, einzulösen. Einen solchen Zusammenhang herzustellen und durch Fragen in den Denkhorizont der Mitarbeiter einzubringen, legte sich aus vielen Gründen nahe, aus den folgenden aber ganz besonders: Erstens: Die Menge menschlicher Nöte reicht immer weit über das hinaus, was professionalisiertes Helfen im Rahmen institutionalisierter Organisationen „bedienen“ kann. Zweitens: Auch Caritasmitarbeiter machen sich ihre Gedanken über die Ressourcen an Bereitschaft und Motivation, die auch außerhalb der hauptamtlichen Helfer vorhanden sein, eingeübt und bestärkt werden müssen, damit immer wieder neue Menschen und neue Generationen Kompetenzen zum Helfen erwerben und die übrigen wenigstens bereit sind, den dafür nötigen Solidaraufwand zu erbringen. Drittens: In den entwickelten Industriegesellschaften gibt es heute eine beachtliche Zahl von Menschen, die fähig und bereit sind, verantwortliche Tätigkeiten dieser Art zu übernehmen, die aber wegen begrenzter Mittel nicht oder nicht dann, wenn sie es könnten, angestellt werden.

Von diesen mitarbeiterbezogenen Gründen einmal abgesehen ist das ehrenamtliche Engagement auch gesellschaftspolitisch höchst wünschenswert. Es ist eine vorzügliche Gestalt und das entscheidende Potential jener zu erneuernden Sozialkultur, die auch das sogenannte Sozialwort der Kirchen in einem seiner bemerkenswertesten Abschnitte<sup>15</sup> energisch einfordert, weil die gewachsenen Netze (Familie, Nachbarschaft, Verwandtschaft), die bisher diese Funktion selbstverständlich und lautlos erbracht haben, im Durchschnitt nicht mehr gleichermaßen zur Verfügung stehen oder nicht mehr so belastbar sind wie früher.

---

<sup>14</sup> Tabellen-Band, Tabellen 42–50.

<sup>15</sup> Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der EKD und der DBK zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Hannover/Bonn 1997, Nrn. 156–160.

Das Außerachtlassen dieser Valenz des Ehrenamts für die gesamte Gesellschaft scheint mir ein blinder Fleck der Untersuchung zu sein. Sie ist um so verwunderlicher, als die Aufnahme des Items „Förderer sozialen Bewußtseins“ ins Profil des Aufgabenverständnisses und seine sehr hohe Akzeptanz bei der überwiegenden Zahl der Mitarbeiter förmlich dazu drängt, hier einen Zusammenhang anzunehmen.

## VI. DIE SPANNUNG ZWISCHEN SEIN UND SOLLEN ALS PRODUKTIVE HERAUSFORDERUNG

Die Mitarbeiterbefragung befragte alle, die beruflich in Caritas-Feldern arbeiten und dies im Rahmen des Caritasverbands als einer komplexen Organisation mit ihren spezifischen Zugehörigkeitsbedingungen (außer Ausbildung auch Kirchlichkeit) und Entscheidungswegen tun. Dies im Kontext der Entwicklung eines Leitbilds zu tun, setzt neben vielen anderen Aspekten auch ein Signal des Stils und des Umgangs innerhalb des „Betriebs“.

Eine empirische Befragung ist allerdings in erster Linie eine Angelegenheit des nüchternen Wahrnehmenwollens. Sie vermittelt zuverlässiger als alle Vermutungen und subjektiven Einschätzungen ein umfassendes Bild dessen, wie die Mitarbeiter diesen institutionellen Kontext erfahren, wie sie ihn in vielfacher Hinsicht beurteilen und wie sie mit den Spannungen zwischen der Arbeit ihres Verbands und dessen doppelter Eingebundenheit in veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen einerseits und kirchliche Erwartungen andererseits umgehen. Die konkreten Ergebnisse fallen so aus, daß sie das neue Leitbild in den meisten Teilen unterstützen und bekräftigen; und dies gilt auch – von einigen Interpretationsdifferenzen (s. vor allem Teil IV) abgesehen – für die gesellschaftlichen Zielsetzungen. Diese tendenzielle Kongruenz ist eine wichtige Voraussetzung für eine effektive Arbeit in der Zukunft. Allerdings kann die empirische Untersuchung auch Spannungen und Unstimmigkeiten sichtbar machen. Diese müßten dann in der verbandsinternen Kommunikation eingehender zur Kenntnis genommen und ihre Überwindung Gegenstand eigener Bemühungen sein. Entsprechend der Eigenart der vorliegenden Untersuchung können solche Spannungen zwei ganz unterschiedliche Ausprägungen haben, nämlich die Gestalt einer internen Diskrepanz zwischen beurteilter Realität und gewünschtem Ideal oder aber die Gestalt einer Differenz zwischen empirisch ermittelten Tatsachen und dem Selbstverständnis, das sich über die empirischen Gegebenheiten hinaus auf transempirische Ursprünge und Deutungen bezieht, von denen es sich in Anspruch genommen weiß. Im Bereich der politischen Aufgaben besteht eine Diskrepanz der ersten Sorte hinsichtlich der „politischen Unabhängigkeit“ und hinsichtlich der Stellungnahme „versucht wirklich etwas zu ändern, setzt sich auch in der Politik ein“. In diesen beiden, eng zusammengehörenden Punkten besteht eine regelrechte Glaubwürdigkeitslücke, die unter allen sonstigen Charakterisierungen nur noch von der Diskrepanz in der „Aufgeschlossenheit gegenüber modernen Ideen“ überboten wird. Eine Differenz der zweiten Art besteht darin, daß das Verständnis der christlichen Botschaft als einer universalen nötigt, die Begrenzung der Aufmerksamkeit auf die Notleidenden in Deutschland aufzubrechen und die weltweiten Nöte von Menschen und ihre Bedingtheit durch Entscheidungen, die hier gefällt werden, mit ins Blickfeld zu nehmen.